

**DÜSSELDORFER FORUM
POLITISCHE KOMMUNIKATION**



Die Politik auf dem Siebertreppchen?

Wenn Olympia, WM und Co. zum Spielball
strategischer Kommunikation werden

Beate Pohlert/Franca Schreiber/
Ibrahim Ghubbar (Hg.)

T Frank & Timme

Beate Pohlert/Franca Schreiber/Ibrahim Ghubbar (Hg.)
Die Politik auf dem Siegertreppchen?

Düsseldorfer Forum Politische Kommunikation
Band 5

Beate Pohlers/Franca Schreiber/Ibrahim Ghubbar (Hg.)

Die Politik auf dem Siegereppchen?

Wenn Olympia, WM und Co. zum Spielball
strategischer Kommunikation werden

Beiträge zur 10. Fachtagung des DFPK

FFrank & Timme
Verlag für wissenschaftliche Literatur



ANTON-BETZ-STIFTUNG
DER RHEINISCHEN POST EV.
GEMEINNÜTZIGER VEREIN ZUR FÖRDERUNG
VON WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG
DÜSSELDORF

Wir danken der Anton-Betz-Stiftung
der Rheinischen Post e.V.
für die Unterstützung der Publikation.

ISBN 978-3-7329-0099-2
ISSN 2191-8791

© Frank & Timme GmbH Verlag für wissenschaftliche Literatur
Berlin 2015. Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts-
gesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in
elektronischen Systemen.

Herstellung durch Frank & Timme GmbH,
Wittelsbacherstraße 27a, 10707 Berlin.
Printed in Germany.
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

www.frank-timme.de

Inhaltsverzeichnis

BEATE POHLERS, FRANCA SCHREIBER & IBRAHIM GHUBBAR Vorwort der Herausgeber	7
--	---

RALPH WEIß Grußwort zum 10. Düsseldorfer Forum Politische Kommunikation 2014	11
---	----

CHRISTIAN WOLF & JASMIN SCHEMANN-GERULL Grußwort der Gründer zum 10. Düsseldorfer Forum Politische Kommunikation 2014	13
---	----

Essays der Podiumsgäste

SYLVIA SCHENK Die Politik auf dem Siegertreppchen?	17
---	----

THOMAS HORKY & CORA THEOBALT Politische Sportsfreunde	21
--	----

Beiträge der Fachtagung

KATHARINA HANEL & MARTIN SCHULTZE Muster individueller politischer Kommunikation und Voting Advice Applications	29
---	----

DENNIS FRIEß & JOHANNA SCHADE Denn wer hat, dem wird gegeben	55
---	----

OLE KELM Politischer Konsum unter Studierenden	75
---	----

HANNAH WERNER Truth is for Losers	97
--	----

DIOTIMA BERTEL	
Das Mittel zum Zweck	117
JULIA HIMMELSBACH	
Rethinking Spaces?	137
LARA HILLER & PHILIPP WEICHSELBAUM	
Wieso Medieninhalte politikverdrossen machen und weshalb es nötig ist, die Mediamalaise-Forschung neu zu orientieren	157
HALINA BAUSE	
Deutschland im Fokus italienischer Medien	175
MARCO LÜNICH	
The German Census Debate in 1987 and 2011 – Analyzing the Discussion of Solutions in a Re-emerging Discourse	197
FELIX KREBBER, CONSTANZE SCHELTEN-PETERSSEN, ANNA-MARIA THEIN & MARIE-THERES GOHR	
Die Twitter-Sphäre bei Debatten der Landesparlamente in Deutschland und ihre sprachliche Konstitution	219
SIMON RICHTER	
Cem oder Otto?	241
KATHARINA ESAU & JOSUA LITTIG	
Das Netz der Andersdenkenden?	257
Die Autorinnen und Autoren	281
Die Herausgeber	287

Denn wer hat, dem wird gegeben

Eine Analyse zur demokratischen Funktionalität von onlinegestützten Bürgerhaushalten¹

Die Einführung von E-Partizipationsformaten reflektiert die Hoffnung auf eine ‚bessere‘ Demokratie, die erfüllt, aber auch enttäuscht werden kann. Der Beitrag macht einen Vorschlag, wie man den Erfolg von E-Partizipationsprojekten aus einer demokratischen Nutzerperspektive evaluieren kann. Dafür wurden demokratische Erfolgskriterien aus partizipatorischen Demokratietheorien abgeleitet, operationalisiert und mittels einer Onlinebefragung unter 886 Teilnehmern onlinegestützter Bürgerhaushalte getestet. Die Ergebnisse zeigen, dass die Befragten in dem E-Partizipationsangebot durchaus demokratiefördernde Effekte erkennen. Vor allem personenbezogene Faktoren wie politisches Vertrauen, Zufriedenheit mit der Stadtpolitik oder politisches Interesse beeinflussen die Zustimmung zu den demokratiefördernden Effekten.

1 Einleitung

Immer öfter werden Bürger auch abseits von positiv normierter Beteiligung in politische Entscheidungsprozesse integriert. Dabei kommen auch vermehrt onlinegestützte Beteiligungsangebote zum Einsatz. Mit der zunehmenden Etablierung solcher *E-Partizipationsangebote* erhalten die Bürger eine neue Möglichkeit – neben den etablierten Beteiligungsverfahren wie Wahlen, Petitionen, Demonstrationen etc. – auf den politischen Prozess Einfluss zu nehmen. Diese neuen Beteiligungsangebote entstehen jedoch nicht im Vakuum, sondern reflektieren zeitgeistliche Hoffnungen und Erwartungen, welche erfüllt,

.....
1 Die diesem Beitrag zugrundeliegende Studie wurde im Sommer 2012 im Rahmen des im MA-Curriculum vorgesehenen Forschungspraxismoduls als Teamprojekt angefertigt. Unser Dank gilt daher den Co-Autorinnen Lena Bayer-Eynck und Caroline Strobel.

aber auch enttäuscht werden können. Insbesondere das Internet ist wie kaum ein anderes Medium „mit der Vorstellung und dem Versprechen einer allgemeinen Demokratisierung“ (Dorer, 1999: 295) verbunden worden. Bereits vor der Verbreitung des Internets identifizierte Hollihn (1978) die grundlegende Intention, die *auch* bei internetvermittelten Partizipationsangeboten gilt: „Wenn von einer aktiven Einbeziehung der Bürger [...] gesprochen wird, geschieht dies immer auf dem Hintergrund von Schlagworten wie *mehr* Demokratie, *mehr* Transparenz, *mehr* Öffentlichkeit etc.“ (Hollihn, 1978: 15, Hervorhebung durch die Autoren).

Somit lassen sich vermehrte Partizipationsangebote seitens der Politik auch als Reaktion auf die vielfach beschriebene *Krise der Demokratie* deuten (Zittel, 2005: 1). Obgleich Krisendiagnosen möglicherweise so alt sind wie die Demokratie selbst, formiert sich die Krisenrhetorik seit Beginn der 1970er Jahre beharrlich. Die Behauptung, dass Kernfunktionen der Demokratie wie Partizipation, Repräsentation und Inklusion ausgehöhlt werden, gehört seit den 1960er Jahren zum festen Kanon der Krisendiagnostiker (Merkel & Petring, 2011: 4). Die konstante Kritik beschreibt einen ebenso konstanten Ausweg aus der Krise: *Mehr Partizipationsmöglichkeiten* für die Bürger (Zittel, 2005: 2).

Der Trend hin zu mehr E-Partizipationsangeboten vollzieht sich demnach in einer Stimmung von *mehr Transparenz und Mitbestimmung* und der damit verbundenen Hoffnung nach einer ‚*besseren Demokratie*‘. Der Keim dieser Hoffnung liegt in der Annahme, dass die strukturellen Eigenschaften des Internets ein breites Spektrum neuer Kommunikationsmöglichkeiten eröffnen und theoretisch massive Veränderungspotenziale für die kommunikationsintensive Staatsform der Demokratie bereithalten. Während die wissenschaftliche Debatte um die Auswirkungen des Internets auf Demokratien in den 90er Jahren diese spekulativen Potenziale betonte, folgte dann eine Phase, die von panischen Befürchtungen geprägt war (Chadwick, 2009: 11). Die jüngere Forschung verzichtet weitgehend auf Extrempositionen und rückt die tatsächliche Nutzung diverser Internetangebote unter Berücksichtigung der jeweiligen Kontextfaktoren in den Mittelpunkt (Davis, 2010: 747). Auch die vorliegende Studie nimmt bewusst, im Sinne des *pragmatischen Neutralismus* (Winkel, 2001: 155), die tatsächlichen *Nutzer onlinegestützter Partizipationsangebote* in den Blick. Denn die Entfaltung demokratischer Potenziale, die Partizipationsangebote im Internet bereithalten, sind letztlich davon abhängig, wie die Individuen in einer Gesellschaft sie nutzen, welche Bedeutung sie ihnen beimessen und wie lebensweltliche Aneignungsprozesse verfasst sind (Grunwald et al.,

2005: 7f.). Ob sich die demokratisierenden Potenziale von E-Partizipation also entfalten, ist letztlich eine empirische Frage, die hier gestellt wird.

Obgleich das Internet mittlerweile in den Alltag moderner Gesellschaften eingezogen ist, vollzieht sich die Einführung von E-Partizipationsangeboten als dynamischer Lernprozess für Verwaltung, Politik und Bürger. Die bestehenden Projekte haben bislang meist Experimentcharakter und ermöglichen kaum verallgemeinerbare Aussagen über die tatsächlichen Leistungen der neuen Beteiligungsmöglichkeiten (Kubicek et al., 2011: 24). Auch wenn sich einige Autoren in den letzten Jahren mit dem Thema der Evaluation von E-Partizipationsprojekten befasst haben (u.a. Aichholzer et al., 2008; Kubicek et al., 2011; Macintosh & Whyte, 2008; Pratchett et al., 2009; Westholm, 2009), besteht nach wie vor Forschungsbedarf im Bereich der Evaluation onlinegestützter Partizipationsangebote. Auf theoretischer Ebene herrscht immer noch Unklarheit über die Ziele onlinegestützter Bürgerbeteiligung, die im Fehlen von klaren *Evaluationsstandards* mündet. Dies wiederum erschwert die empirische Arbeit, wo ein Mangel an dezidierten Fall- und vergleichenden Studien zu beklagen ist. Jene Problematik greift diese Studie auf, indem sie erstmals demokratische Ziele theoretisch identifiziert, für eine Evaluation operationalisiert und im am Beispiel von zwei Bürgerhaushalten prüft.

2 Fragestellung und Relevanz

Am Beginn jeder Evaluation steht idealerweise die Präzisierung dessen, was als *Erfolg* gelten soll. Rowe und Frewer (2004) stellen fest, dass diese Festsetzung für Beteiligungsangebote nicht unproblematisch ist und je nach Perspektive sehr unterschiedlich ausfallen kann. So gilt es etwa zu klären, ob Erfolg aus der Sicht der Initiatoren oder der Teilnehmer zu bewerten ist oder ob Erfolg in einer ökonomischen oder demokratischen Dimension verortet wird (Rowe & Frewer, 2004: 517f.). Um eine Systematisierung der Komplexität bemüht, haben Macintosh und Whyte (2008) eine Differenzierung zwischen einer Projekt-, einer sozial-technischen und einer demokratischen Ebene von Partizipationsprojekten vorgeschlagen. Auf diesen analytischen Ebenen lassen sich sodann entsprechende Evaluationskriterien verorten. Auf der *Projektebene* wird untersucht, inwiefern die spezifischen Ziele des Projekts und der Initiatoren erreicht wurden. Die *sozial-technische Ebene* berücksichtigt, inwiefern die genutzten Instrumente dieses Ergebnis beeinflussen. Auf der *demokratischen*

Ebene lassen sich schließlich die übergeordneten demokratischen Ziele und Auswirkungen verorten, welche die Autoren selbst als „most difficult aspects“ (Macintosh & Whyte, 2008: 20) begreifen – hier setzt die vorliegende Studie an.

Die analytische Unterscheidung in verschiedene Ebenen verdeutlicht die Komplexität der Evaluation von Partizipationsprojekten. Auch wenn die von Macintosh und Whyte, (2008) getroffene Unterscheidung vorerst gewinnbringend ist, lässt die konkrete Operationalisierung und die theoretische Einbettung von latenten Begriffen wie *Demokratie* zu wünschen übrig. Zudem findet sich keine perspektivische Sensibilität in diesem Vorschlag. *Wer* bestimmt was Erfolg ist? Die Bürger, die Initiatoren oder der Prozessdienstleister?

Die vorliegende Studie macht einen Vorschlag, wie *Erfolg* von E-Partizipation aus einer *demokratischen Nutzerperspektive* evaluiert werden kann. Somit wird Erfolg auf einer demokratischen Ebene verortet und die Perspektive der Nutzer eingenommen. Dabei richtet sich der Blick auf das Teilnehmungsformat *onlinegestützter Bürgerhaushalte*, dass sich in den letzten Jahren wachsender Popularität erfreute (Bundeszentrale für politische Bildung, 2012: 4). Das haushaltspolitische Teilnehmungsinstrument dient hier als zu untersuchendes Beispiel im breiten Feld der E-Partizipation.

Genauer untersucht die Studie, ob *demokratiefördernde Effekte*, die sich aus partizipativen Demokratietheorien ableiten lassen, von den Nutzern onlinegestützter Bürgerhaushalte erkannt werden. *Demokratiefördernde Effekte* bezeichnen in der vorliegenden Arbeit die in partizipatorischen Theorien formulierten Auswirkungen, die sich *durch* politische Beteiligung einstellen sollen. Dafür wurden die von partizipatorischen Demokratietheorien benannten demokratiefördernden Effekte erstmals für die Evaluation eines E-Partizipationsprojekt operationalisiert und mittels einer Onlinebefragung unter 886 Teilnehmern onlinegestützter Bürgerhaushalte getestet. Konkret stellt die Studie folgende Forschungsfrage:

Inwieweit schreiben die Teilnehmer onlinegestützten Bürgerhaushalten demokratiefördernde Effekte zu und welche Faktoren nehmen hierauf Einfluss?

Die Studie prüft erstmals empirisch, ob Teilnehmer von onlinegestützten Bürgerhaushalten den Angeboten eine demokratiefördernde Wirkung beimessen und ermöglicht mithin eine Antwort auf die Frage, ob E-Partizipation über-

haupt dazu geeignet ist, demokratischen Verdruss- und Krisenerscheinungen entgegen zu wirken. Über die Beantwortung der Forschungsfrage hinaus zielt diese Arbeit also auch darauf ab, zu klären, ob sich die von den Krisendiagnostikern vorgeschlagene ‚Medizin‘ – nämlich *mehr* Partizipation – als kurierend erweist. Dies wäre der hier vertretenen These nach nur der Fall, wenn die Partizipierenden die theoretisch postulierten demokratiefördernden Effekte erkennen. Somit geht es um nicht weniger als die Überprüfung einer zentralen Prämisse und wichtigen Rechtfertigung partizipativer Demokratietheorien, die die demokratiefördernden Effekte, die von Partizipation ausgehen, prominent betonen: “The human results that accrue through the participatory process provide an important justification for a participatory system” (Pateman, 1970: 25).

Die Arbeit versucht damit eine Brücke zwischen partizipatorischen Demokratietheorien und empirischer Evaluationsforschung zu schlagen, um den bestehenden „Evaluation-Gap“ (Westholm, 2009: 1) weiter zu schließen. Zwar kennen einige der bestehenden Analyserahmen zur Evaluation von E-Partizipationsangeboten die *demokratische Dimension* von Erfolg, jedoch sind die einzelnen Parameter und Analysekatogorien theoretisch unterkomplex und oftmals willkürlich hergeleitet (u.a. Aichholzer et al., 2008; Kubicek et al., 2011; Macintosh & Whyte, 2008). Der demokratischen Evaluationsdimension mehr theoretische Schärfe zu verleihen ist daher ein weiteres Anliegen.

Nachdem Phänomenologie sowie Relevanz und Fragestellung geklärt wurden, wird im folgenden Abschnitt das theoretische Fundament der Studie skizziert. In der demokratietheoretischen Fundierung ruht gleichsam der Vorschlag, der eine Schärfung der demokratischen Evaluationsdimension ermöglichen soll. Der Theorieteil endet mit dem Untersuchungsmodell, in das die zu testenden Hypothesen integriert wurden. Viertens wird auf die Methodik der Studie eingegangen. Im Anschluss werden zentrale Ergebnisse präsentiert und diskutiert, ehe abschließend ein kritisches Fazit gezogen wird.

3 Theoretisches Vorgehen

Die politische Beteiligung von Bürgern ist eine essentielle Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. „Citizen participation is the heart of democracy. Indeed, democracy is unthinkable without the ability of citizens to participate freely in the governing process” (Verba et al., 1995: 1). Die Abhän-

gigkeit demokratischer Systeme von der Mitwirkung seiner Bürger konstituiert entsprechend ein zentrales Forschungsfeld der empirischen Demokratieforschung und motivierte zahlreiche Arbeiten im Bereich der politischen Partizipationsforschung (u.a. Almond & Verba, 1963; Barnes & Kaase, 1979; Verba et al., 1995). Während die empirische Partizipationsforschung vor allem Formen, Voraussetzungen und Auswirkungen politischer Beteiligung in den Blick nimmt (Schmidt, 2010: 246), betrachtet die Demokratietheorie Partizipation aus einer primär normativen Perspektive. Beide Teildisziplinen – die empirische Partizipationsforschung sowie die Demokratietheorie – sollen im Folgenden für das Vorhaben der Studie herangezogen werden.

3.1 Was ist Erfolg – Theoretische Fundierung über partizipatorische Demokratietheorien

Die Beziehung von *Demokratie und Partizipation* wird innerhalb der demokratietheoretischen Debatten alles andere als einheitlich gezeichnet. Obgleich Einigkeit darüber besteht, dass Partizipation die zentrale Voraussetzung für Demokratie ist, gelangen Demokratietheoretiker zu sehr unterschiedlichen Auffassungen darüber, wer in welchem Maße, über welche Kanäle und mit welcher Intensität partizipieren *soll* (Merkel & Petring, 2011: 2). Entsprechend lassen sich verschiedene Demokratietheorien entlang ihrer partizipatorischen Funktionen und Ansprüche unterscheiden, indem man fragt, wie die Beziehung von Regierungsmacht und der Aktivität der Bürger charakterisiert ist und welche Funktionen die aktive Beteiligung von Bürgern für die jeweilige Theorie übernehmen.

Um die theoretische Fundierung der demokratischen Nutzerdimension zu leisten, bieten sich *partizipatorische Demokratietheorien* an, die mit der Forderung antreten, überall dort, wo allgemein verbindliche Entscheidungen getroffen werden, die Betroffenen an diesen Entscheidungen zu beteiligen (Wiesendahl, 1981: 103). Es geht um die „Beteiligung möglichst vieler, über möglichst vieles, und zwar im Sinne von Teilnehmen, Teilhaben, Seinen-Teilgeben und innerer Anteilnahme am Schicksal eines Gemeinwesens“ (Schmidt, 2010: 236). Die Fokussierung auf Beteiligung am politischen Prozess vereint eine ganze Reihe unterschiedlicher Theorien, die Schmidt (2010: 236f.) unter dem Label *beteiligungszentrierte Demokratietheorien* zusammenfasst.²

.....

2 Schmidt (2010) fasst hierunter auch deliberative Demokratietheorien (u.a. Habermas, 1992). Die Beziehung, Gemeinsamkeiten und Unterschiede von deliberativer- und partizipatorischer Theo-

Mit der Forderung nach mehr Mitbestimmung der Bürger reflektieren die partizipatorischen Theoretiker ein *klassisches Demokratieverständnis*. Dieses rekuriert auf den Kern des demokratischen Regierens, wonach das Volk über sich selbst herrschen soll. Partizipation zielt auf die Verwirklichung eines Legitimitätsverständnisses, wonach Entscheidungen nur dann legitim sind, wenn sie den Willen der politischen Gemeinschaft reflektieren und sich die Identität von Herrschenden und Beherrschten als normatives Ideal abzeichnet (Wiesendahl, 1981: 104). Über den Mechanismus von Partizipation könnten bestehende Abhängigkeitsverhältnisse abgebaut und sich der Norm der Selbstbestimmung angenähert werden. Die partizipatorischen Theorien verstehen sich entsprechend als *kritische Gegenentwürfe* zu einem Zustand, der als Mangel von Beteiligungschancen wahrgenommen wird und reflektieren die Forderung nach mehr Partizipation in westlichen Demokratien seit den 1960er Jahren (von Alemann, 1978: 36). Obgleich nur die wenigsten Autoren für eine radikale bzw. ausschließlich direkte Demokratie eintreten, sind sie sich doch darin einig, dass die alleinige Existenz repräsentativer Institutionen nicht ausreicht und um partizipatorische Elemente ergänzt werden müsse (u.a. Barber, 1994; Pateman, 1970). Düstere Krisenszenarien zeichnend begreifen die Autoren *mehr* Partizipation als die letzte Möglichkeit, etwaige Krisen überwinden zu können. Insofern wird die hier zu Beginn aufgestellte These, wonach das Eröffnen zusätzlicher Partizipationskanäle seitens der Politik als Reaktion auf die vielfach beschriebenen Krisensymptome begriffen werden kann, durch die theoretische Literatur gestützt (Zittel, 2005: 2).

Für diese Studie ist jedoch eine andere These der partizipatorischen Theorien relevant, nämlich die, dass der Partizipationsprozess nicht spurlos an den Partizipierenden vorübergeht. Die Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung untermauern Partizipationstheoretiker auch damit, dass jene politische Beteiligung zu erstrebenswerten persönlichen und sozialen Auswirkungen führe, die in repräsentativen Demokratien in dieser Form nicht erreicht würden (u.a. Mansbridge, 1999; Warren, 1992). Diese Auswirkungen hätten wiederum funktionale Spill-Over-Effekte auf die Demokratie an sich und wirkten alles in allem demokratiefördernd (Teorell, 2006: 794f.).

rie werden indes kontrovers diskutiert (hierzu Hilmer, 2010). Die vorliegende Studie folgt der Auffassung, dass Deliberation ein kommunikativer Modus partizipatorischer Politik ist, der vor allem auf die Art und Weise der Kommunikation in Partizipationsprozessen, insbesondere im Meinungs- und Willensbildungsprozess, in den Blick nimmt (Walk, 2008: 82). Partizipatorische Theorien haben hingegen vor allem die generelle Ausweitung von Partizipation im Blick (Schmidt, 2010: 237).

Die für diese Arbeit wichtigste Gemeinsamkeit partizipatorischer Theorien ist genau jenes Vertrauen auf diese Auswirkungen, die hier unter dem Begriff der *demokratiefördernden Effekte* zusammengefasst werden. In ihnen liegen empirisch überprüfbare Thesen, mit denen sich partizipative Prozesse auf der individuellen Einstellungsebene erfassen lassen.

Die *demokratiefördernden Effekte* bezeichnen hier all jene Einstellungen, Gefühle, Entwicklungs- und Lernprozesse, welche sich der Theorie nach in einem partizipatorischen System einstellen sollen. Beispielsweise sind hier Effekte zu nennen, die Pateman (1970) herausarbeitet. Ein partizipatorisch ausgestaltetes System führe demnach zu *mehr politischer Selbstwirksamkeit*, Kooperationsinn (im Sinne von *Gemeinwohlorientierung*), vermehrter *Akzeptanz* und somit zur Entwicklung eines *demokratischen Charakters* (Pateman, 1970: 42ff.). Auch Barber (1994) geht davon aus, dass der partizipative Prozess *Konsens*, *Toleranz* und somit letztlich *Vergemeinschaftung* zu stiften vermag (Barber, 1994: 120f.). Für Walk (2008) dient Partizipation als Mechanismus der „Interessenfindung, Interessenäußerung, [des] Interessenausgleich[s], [der] Kommunikation, als wechselseitige Bildung und als Mittel der Verständigung und Einigung“ (Walk, 2008: 79). Eine Zusammenfassung all dieser Thesen findet sich in der von Warren (1992) formulierten Idee der *Self-Transformation*, die besagt, dass „Bürger im Prozess der Beteiligung, Aussprache und öffentlichen Willensbildung zum verantwortungsbewussten Staatsbürger“ (Schmidt, 2010: 241) reifen.³ Hinter dieser Argumentation steht die Annahme, dass die Bürger einer politischen Gemeinschaft und die sie umgebenden Institutionen nicht getrennt voneinander betrachtet werden können (Walk, 2008: 79). Es wird eine Beziehung zwischen der Ausgestaltung der Institutionen und den persönlichen Eigenschaften und Einstellungen des Individuums theoretisiert. Jene Eigenschaften und Einstellungen stellen gleichsam das autopoietische Element partizipatorischer Systeme bereit, welches die Eigenschaften, die es benötigt, selbst hervorbringt und reproduziert. Aus der theoretischen Literatur lässt sich entsprechend ein Kanon *demokratiefördernder Effekte* ableiten. In der vorliegenden Arbeit rücken diese demokratieför-

.....
3 Die Literatur benennt zur partizipatorischen Demokratietheorien eine Reihe von Effekten, die dem von Warren (1992) beschriebenen Prozess der Self-Transformation zuzuordnen sind und sich durch den Prozess der Partizipation beim Individuum einstellen sollen. Um den Prozess jedoch ganzheitlich betrachten zu können, müssen die Voraussetzungen für diese Transformations-effekte berücksichtigt werden. Zu diesen zählt etwa das subjektive Gefühl, dass ein politisches System responsiv ist und artikulierte Interessen potenziell Einfluss entwickeln können. Diese ‚vorgelagerten Effekte‘ beschreiben in erster Linie das subjektive Bild der Bürger vom partizipatorischen System. Sie werden so nicht von der partizipatorischen Theorie formuliert, sondern sind viel mehr implizite Voraussetzungen.

dernden Effekte in den Vordergrund, da diese einer individuellen Befragung zugänglich sind. Sie stellen die *abhängige Variable* der Untersuchung da. Die untersuchten demokratiefördernden Effekte sind in Tabelle 1 abschließend zusammengefasst.

<i>Individuelle Präferenzartikulation</i>	Haben die Bürger das Gefühl, dass ihre Präferenzen über den entsprechenden Partizipationskanal gehört werden?
<i>Faire Präferenzartikulation</i>	Haben die Beteiligten den Eindruck, dass alle Ideen und Interessen gleichberechtigt nebeneinander stehen?
<i>Kollektive Einflussnahme auf Politik</i>	Haben die Bürger das Gefühl gemeinsam als Bürgerschaft tatsächlich Einfluss auf Politik nehmen zu können?
<i>Transparenz</i>	Haben die Partizipierenden den Eindruck, dass ihnen alle relevanten Informationen und Option vorgelegt wurden?
<i>Kontrolle</i>	Haben die Bürger das Gefühl, über ihre Beteiligung kontrollieren zu können, was politisch diskutiert und eventuell entschieden wird?
<i>Politische Selbstwirksamkeit</i>	Haben die Bürger das Gefühl, dass ihre Stimme und ihre Vorschläge einen politischen Unterschied machen können?
<i>Wissenszuwachs</i>	Eignen sich die Partizipierenden politisches Fach-, Sach- oder Prozesswissen an?
<i>Gemeinwohlorientierung</i>	Orientieren sich die Bürger bei ihrer Beteiligung am Allgemeinwohl?
<i>Stärkung der Legitimität</i>	Haben die Bürger das Gefühl, dass Entscheidungen an denen sie beteiligt wurden legitimer sind?
<i>Besser informierte Entscheidungen</i>	Haben die Bürger das Gefühl, dass durch ein Beteiligungsverfahren unterstützte Entscheidungsprozesse zu besser informierten und somit besseren Entscheidungen führen?
<i>Anstieg von Akzeptanz</i>	Steigt die Akzeptanz für die getroffene Entscheidung bei den Bürgern, wenn sie die Möglichkeit hat an einem Partizipationsverfahren teilzunehmen?
<i>Toleranz</i>	Haben die Bürger den Eindruck mehr Toleranz für andere Positionen zu entwickeln, wenn sie in einem Beteiligungsprozess integriert werden?
<i>Prüfung der eigenen Interessen</i>	Haben die Bürger das Gefühl sich im Rahmen eines Partizipationsverfahrens klarer über ihre eigenen Interessen und Positionen geworden zu sein?

Tab. 1: Untersuchte demokratiefördernde Effekte

3.2 Auf der Suche nach Einflussfaktoren

Nachdem mit 13 demokratiefördernden Effekten die abhängige Variable theoretisch fundiert wurde, erfolgt im nächsten Schritt die Identifikation der unabhängigen Variablen. Hier geht es darum, Faktoren zu identifizieren, von denen anzunehmen ist, dass sie die Zustimmung zu demokratiefördernden Effekten beeinflussen können, wobei zwischen projektbezogenen Faktoren und personenbezogenen Faktoren unterschieden wird. Erste Hinweise für etwaige personenbezogene Erklärungsfaktoren liefern Erkenntnisse der empirischen Partizipationsforschung (u.a. Almond & Verba, 1963; Barnes & Kaas, 1979; Gabriel, 1997; Milbrath & Goel, 1977). Hier konnten schließlich acht personenbezogene Faktoren als unabhängige Variablen gefunden und plausibilisiert werden (u.a. Interesse an Kommunalpolitik, Zufriedenheit mit der Stadtpolitik, Einstellung zur Partizipation, Vertrauen in Politik, Selbstwirksamkeit etc.). Als projektbezogene Variablen wurden die Teilnahme an einem bestimmten Bürgerhaushaltsprojekt (Köln oder Bonn), die Häufigkeit der Teilnahme und als dritter Faktor die Intensität der Teilnahme in das Untersuchungsmodell integriert.

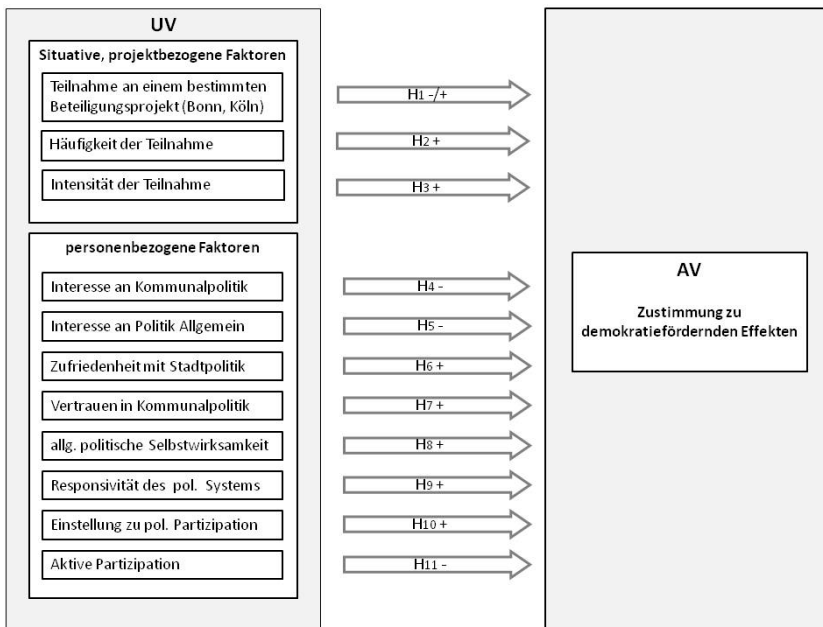


Abb. 1: Untersuchungsmodell und Hypothesen (Eigene Darstellung)

In dem in Abbildung 1 zusammengefassten Untersuchungsmodell finden sich alle unabhängigen Variablen, von denen ein Einfluss auf die abhängige Variable demokratiefördernde Effekte angenommen wird. Die Plus- bzw. Minuszeichen signalisieren die Richtung des vermuteten Zusammenhangs und ersetzen hier eine ausführliche Darstellung der einzelnen Hypothesen.

4 Methode und Stichprobe

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wurde eine standardisierte Onlinebefragung durchgeführt. Die Entscheidung für eine standardisierte Onlinebefragung fiel dabei, neben allen pragmatischen Vorteilen (dazu Schnell, Hill & Esser, 2011: 369ff.), vor allem mit Blick auf die Erreichbarkeit der hier definierten Zielgruppe: *Teilnehmer onlinegestützter Bürgerhaushalte*.

Durch die Kooperation mit dem Onlinebeteiligungsdienstleister *Zebra*log war es möglich, die programmierten Fragebogen-Links in einem Newsletterverteiler zu platzieren. Über diesen Verteiler wurden insgesamt 6.149 Bürger (Bonn: 4.458; Köln: 1.691) erreicht, welche sich zu mindestens einem der in der jeweiligen Stadt initiierten Bürgerhaushalte angemeldet und den Newsletter abonniert hatten. Die Auswahl der Probanden erfolgte damit nicht zufällig, sondern durch die Newsletterabonnenten selbst. Zum Ende der Feldphase lagen 886 vollständig ausgefüllte Fragebögen vor. Damit konnte, bezogen auf die Grundgesamtheit aller Newsletterabonnenten, eine zufriedenstellende Rücklaufquote von 14,4 Prozent (Bonn: 12,0 %, Köln: 20,8 %) erreicht werden.⁴ Wenngleich die so erzielte, selbstselektive Stichprobe keine repräsentativen Schlüsse auf die hier definierte Grundgesamtheit (Teilnehmer der Bürgerhaushalte in Köln und Bonn) zulässt, so konnte in einem Vergleich der Verteilungen der soziodemographischen Merkmale (Geschlecht, Alter, Bildung) in beiden Gruppen (Grundgesamtheit und Stichprobe) zumindest gezeigt werden, dass diese tendenziell sehr ähnlich ausfallen.

.....
4 Die Beteiligungsstatistik der Befragungssoftware zeigte, dass weitere 459 Personen den Link zu der Befragung zwar geöffnet, die Befragung dann jedoch meist bereits nach der Begrüßung abgebrochen wurde. Eine besonders häufige „Abbrecherfrage“ konnte nicht identifiziert werden.

5 Ergebnisse

Da sich die vorliegende Studie für die Einstellungen und Meinungen von Teilnehmern der Bürgerhaushalte in Bonn und Köln interessiert, wurden für die Datenanalyse Probanden, die angegeben hatten, nie an einem der Bürgerhaushalte teilgenommen zu haben, aus dem Datensatz entfernt und die Daten anschließend bereinigt.⁵ Im Rahmen der Datentransformation wurden sowohl für einige unabhängige Variablen als auch die abhängige Variable, die im Fragebogen über mehrere Fragen bzw. Items operationalisiert worden war, Indizes gebildet, auf deren detaillierte Darstellung hier jedoch verzichtet wird.

5.1 Ergebnisse der deskriptiven Datenanalyse

Die Ergebnisse der deskriptiven Datenanalyse zeigen, dass die demokratiefördernden Effekte – hier die abhängige Variable – durchaus von einigen befragten Teilnehmern der Bürgerhaushalte in Köln und Bonn bestätigt werden. Andere Teilnehmer hingegen sehen keine Erfüllung demokratischer Effekte oder stellen diese zumindest in Teilen in Frage. Die Lagemaße der abhängigen Variablen ‚Zustimmung zu demokratiefördernden Effekten‘ ($\bar{x}=3,29$; $\tilde{x}=3,33$; $x_{\text{mod}}=3,5$, $s^2=0,438$; $s=0,662$; $n=669$) zeigen zunächst, dass die Befragten den demokratiefördernden Effekten im Durchschnitt nur ‚zum Teil‘ zustimmen. Die Standardabweichung von 0,662 unterstützt dieses Ergebnis. Betrachtet man die Verteilung im Einzelnen, so zeigt sich jedoch, dass 39 Prozent der Befragten den demokratiefördernden Effekten der Bürgerhaushalte mit einem Indexwert von über 3,5 zumindest tendenziell eher zustimmen.

Die Auswertung der *unabhängigen Variablen* entspricht in Teilen den zu erwartenden Ergebnissen. So waren beispielsweise hohe Zustimmungswerte bei den Variablen ‚*Politisches Interesse allgemein*‘, ‚*Politisches Interesse an Kommunalpolitik*‘ oder ‚*Einstellung zu politischer Partizipation*‘ zu erwarten gewesen. Interessant ist jedoch, dass über 50 Prozent der Befragten angaben, weniger oder überhaupt nicht zufrieden mit der Stadtpolitik zu sein. Nur neun Prozent zeigten sich hingegen zufrieden. Betrachtet man die Variable ‚*Politisches Vertrauen in die Stadtpolitik*‘, fällt auf, dass deutlich über Hälfte (63 Prozent) der Befragten ein geringes oder sehr geringes Vertrauen in die Stadtpoli-

.....
5 Da der Fragebogen so programmiert worden war, dass eine Antwort auf die meisten Fragen verpflichtend war, beschränkte sich die Bereinigung der Daten darauf, ungültige Antworten in offenen Antwortfeldern zu löschen und als fehlenden Wert zu kennzeichnen.

tik äußern. 36 Prozent der Befragten haben großes Vertrauen, während nur ein Prozent der Befragten der Stadtpolitik vollstes Vertrauen ausspricht. Tendenziell ähnlich fallen die Einschätzungen der Befragten zur Responsivität des kommunalpolitischen Systems aus. Etwa 60 Prozent schätzen die Responsivität des kommunalpolitischen Systems eher gering ein, während 40 Prozent diese eher hoch einschätzen.

5.2 Ergebnisse der multivariaten Datenanalyse

Obwohl die Daten in der Regel nicht besonders breit streuen, ist die Variation der Daten ausreichend, um Unterschiede zwischen den Befragten darzustellen. Im nächsten Schritt gilt es entsprechend zu klären, von welchen situativen und personenbezogenen Faktoren es abhängig ist, ob die Teilnehmer den Projekten demokratiefördernde Effekte zusprechen. Um diesen Aspekt der Forschungsfrage zu beantworten, wurden multivariate Analysen durchgeführt. Aufgrund der Annahme linearer Zusammenhänge zwischen den erhobenen unabhängigen Variablen und der abhängigen Variablen sowie deren Datenniveaus, wurde sich hier für die Durchführung einer *multiplen linearen Regressionsanalyse* entschieden (Backhaus, 2011). Ziel dieser Analyse ist es, zu klären, inwieweit die hier eher exploratorisch erhobenen, unabhängigen Variablen tatsächlich in der Lage sind, die unterschiedlichen Bewertungen der abhängigen Variable durch die Befragten zu erklären sowie Stärke und Richtung dieser Einflüsse zu bestimmen.

Mit vierzehn unabhängigen Variablen wurde hier eine Regressionsanalyse mit vergleichsweise vielen Variablen durchgeführt. Es wurde sich daher dazu entschieden, zunächst eine schrittweise Regressionsanalyse zu rechnen, um die Variablen zu identifizieren, die einen signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable haben.

Die Modellzusammenfassung der Regressionsanalyse zeigt, dass sieben der vierzehn unabhängigen Variablen einen signifikanten Einfluss auf die Zustimmung zu demokratiefördernden Effekten haben. Unter Berücksichtigung der Fallzahl und der Anzahl der Variablen kann das Regressionsmodell mit insgesamt 31,5 Prozent einen für sozialwissenschaftliche Untersuchungen sehr hohen Anteil der Varianz der abhängigen Variablen erklären. Die Betrachtung der Modellkoeffizienten liefert Informationen über Stärke und Richtung der Zusammenhänge zwischen den einzelnen unabhängigen Variablen und der abhängigen Variablen.

Modell	Nicht standardisierte Koeffizienten		Standardisierte Koeffizienten	T	Sig.	
	Regressionskoeffizient B	Standardfehler	Beta			
1-6	Die Modellkoeffizienten aus den Modellen 1-6 können aus Darstellungsgründen hier nicht erscheinen, sind aber auf Anfrage bei den Autoren erhältlich.					
7	(Konstante)	2,034	,198		10,252	,000
	Zufriedenheit Stadtpolitik	,222	,032	,301	6,890	,000
	Teilnahme Bürgerhaushalt	-,256	,047	-,192	-5,396	,000
	Einst. pol. Partizipation	,298	,048	,230	6,241	,000
	Interesse Politik allgemein	-,103	,031	-,123	-3,325	,001
	Politisches Vertrauen	,088	,032	,127	2,742	,006
	Aktive Partizipation	-,096	,029	-,120	-3,287	,001
	Responsivität	,076	,038	,081	2,000	,046

Tab. 2: Modellkoeffizienten der schrittweisen Regressionsanalyse (abhängige Variable: Zustimmung zu demokratiefördernden Effekten)

Es wird deutlich, dass die ‚Zufriedenheit mit der Stadtpolitik‘ mit einem standardisierten Beta-Koeffizienten von 0,301 den größten Einfluss darauf hat, wie Befragte das Auftreten demokratiefördernder Effekte durch die Bürgerhaushalte bewerten: Je höher die generelle Zufriedenheit mit der Stadtpolitik, desto eher stimmt der Teilnehmer den demokratiefördernden Effekten zu. Den zweitstärksten Einfluss übt die ‚Einstellung gegenüber Partizipation‘ aus (stand. Beta-Koef. = 0,230). Auch hier ist der Einfluss positiv gerichtet. Je positiver die generelle Einstellung zu politischer Partizipation, desto eher stimmt der Teilnehmer den demokratiefördernden Effekten zu. Die Frage, ob ein Befragter in ‚Köln oder Bonn‘ an einem Bürgerhaushalt teilgenommen hat, hat den drittstärksten Einfluss (stand. Beta-Koef. = -0,192). Kölner Befragte haben den demokratiefördernden Effekten des Projekts eher zugestimmt als Bonner Be-

fragte (Referenzkategorie: Kölner Teilnehmer). An vierter Stelle folgt der positive Einfluss des ‚*Vertrauens in die Kommunalpolitik*‘ (stand. Beta-Koef.= 0,127).

Das ‚*allgemeine politische Interesse*‘ (stand. Beta-Koef. =-0,123) hat den fünftstärksten Einfluss auf die abhängige Variable, der jedoch negativ gerichtet ist. Ebenfalls negativ gerichtet ist der Einfluss der Variable ‚*Aktive Partizipation*‘ (stand. Beta-Koef. = -0,120). Je höher das politische Interesse oder die aktive Partizipation, desto eher stimmt der Teilnehmer den demokratiefördernden Effekten nicht zu. Die ‚*Einschätzung der Responsivität des kommunalpolitischen Systems*‘ (stand. Beta-Koef. = 0,081) hat den schwächsten (positiven) Einfluss auf die Zustimmung zu den demokratiefördernden Effekten.⁶

6 Diskussion

Zusammengefasst hat die Befragung gezeigt, dass Teilnehmer von Bürgerhaushalten diesen durchaus eine demokratiefördernde Wirkung zusprechen. Gleichzeitig unterscheiden sich die Befragten im Grad ihres Zuspruchs. Diese Unterschiede konnten durch die Ergebnisse in großen Teilen erklärt werden. Dabei zeigt sich, dass die Zustimmung zu demokratiefördernden Effekten weniger durch situative Faktoren, als vielmehr mit grundsätzlichen persönlichen Einstellungen und Erfahrungen der Teilnehmer erklärt werden kann. Vor allem die generelle Zufriedenheit der Bürger mit der Stadtpolitik (H6+), ihre allgemeine Einstellung zu politischer Partizipation (H10+) sowie ihr Vertrauen in die Kommunalpolitik (H7+) kann einen maßgeblichen (positiven) Einfluss darauf haben, wie sie die demokratiefördernde Wirkung der Bürgerhaushaltsprojekte einschätzen. Im Gegensatz dazu scheinen diejenigen, denen man plausiblerweise eine größere Erfahrung mit dem politischen System unterstellen kann (hohes Politikinteresse sowie starkes politisches Engagement), die demokratische Funktionalität der Bürgerhaushalte eher kritisch zu sehen (H4+, H5+ & H11+). Anders als erwartet, konnten kaum Anhaltspunkte dafür

.....
6 Da die unabhängigen Variablen untereinander korreliert sind, muss davon ausgegangen werden, dass die standardisierten Betakoeffizienten verzerrt sind und das tatsächliche Varianzaufklärungspotential der einzelnen Variablen nicht genau widerspiegeln. Aus diesem Grund wurden zudem das minimale sowie das maximale Varianzaufklärungspotential der Variablen bestimmt (Fromm, 2012: 102ff.). An dieser Stelle werden dennoch die standardisierten Koeffizienten verglichen, um Aussagen über den Einfluss der einzelnen Variablen innerhalb des Modells zu bekommen, da ein Vergleich mit den errechneten minimalen und maximalen Aufklärungspotentialen das gleiche Ergebnis nahelegt.

gefunden werden, dass situative Faktoren einen Einfluss darauf haben, wie die Teilnehmer die demokratiefördernden Effekte bewerten. Wie häufig (H2 -) oder wie intensiv (H3 -) jemand am Bürgerhaushalt teilgenommen hat, scheint keine Rolle zu spielen. Allerdings zeigt sich, dass die Kölner den demokratiefördernden Effekten eher zustimmen als die Bonner Teilnehmer.⁷

Somit kann die übergeordnete Fragestellung, ob (onlinebasierte) Bürgerbeteiligungprojekte als ‚Medizin‘ für die kränkelnde Demokratie dienen können, nur eingeschränkt positiv beantwortet werden. Positiv dahingehend, weil die Zustimmung zu demokratiefördernden Effekten davon zeugt, dass die Medizin durchaus wirkt und als der Demokratie zuträglich eingeschätzt wird. Dabei zeigte sich jedoch, dass diejenigen, die ohnehin zufrieden sind mit der demokratischen Funktionsfähigkeit der Stadtpolitik, eine positive Einstellung zu politischer Partizipation haben und Vertrauen in das politische System besitzen, Bürgerhaushaltsprojekten eine demokratische Funktion zusprechen. Das deutet auf einen demokratietheoretisch problematischen Matthäus-Effekt hin. Dieses Problem erscheint umso drastischer, wenn man sich verdeutlicht, dass es sich bei der hier untersuchten Gruppe um eine elitäre Auswahl überdurchschnittlich politisch interessierter, engagierter und sozioökonomisch prädestinierter Individuen handelte. Solange sich die ‚partizipatorische Medizin‘ ungleich verbreitet, bleibt das viel beschriebene Ungleichheitsproblem der E-Partizipation bestehen. Dies wiederum bedeutet Wasser auf die Mühlen der Vertreter der Verstärkungsthese, welche das Argument ins Feld führen, dass die neuen Partizipationsmöglichkeiten vor allem ohnehin politisch Aktive prädestinieren.

7 Schlussbemerkung

Wie alle empirischen Studien ist auch die vorliegende nicht von einer kritischen Reflektion auszunehmen. Auf der *theoretischen Ebene* sind vor allem zwei Probleme anzusprechen. Zum einen gehen partizipatorische Theorien meist von einer tatsächlichen partizipatorischen Ermächtigung der Bürger aus. Die Partizipationsstufe der tatsächlichen Bürgermacht, die Arnstein (1969) als die höchste Stufe seiner Partizipationsleiter versteht, ist im vorliegenden Fall-

.....
7 Gründe hierfür können nur spekulativer Natur sein. So sorgte etwa ein umstrittenes (weil teures) Kongresszentrum in Bonn für haushaltspolitischen Unmut bei der Bevölkerung. Ob und wie weit dies einen Einfluss nimmt, konnte jedoch nicht analysiert werden.

beispiel der onlinegestützten Bürgerhaushalte nicht verwirklicht. Es ist fraglich, ob auch Beteiligungsprozesse, die auf der Konsultationsebene anzusiedeln sind, die von den partizipatorischen Theorien beschriebenen Effekte überhaupt aufweisen können. Das zweite Problem, betrifft die in der Theorie angelegte Entwicklungs- oder Transformationsdimension von Partizipation (u.a. Warren, 1992). Die unterstellte Wechselwirkung zwischen der partizipatorischen Ausgestaltung des politischen Systems und den psychologischen Eigenschaften und Qualitäten der in diesem System lebenden Bürgern (Pateman, 1970: 22) impliziert einen Wirkungsprozess, der in der vorliegenden Studie so nicht gemessen wurde. Die Wirkungseffekte, die sich durch Partizipation beim Individuum einstellen sollten, wurden hier als Einstellungen gemessen und können die These der *Self-Transformation* (Warren, 1992) weder widerlegen noch stützen.

Auch die *methodische Vorgehensweise* muss kritisch reflektiert werden. Um die hier aus der Theorie extrahierten demokratiefördernden Effekte messbar zu machen, wurde in der vorliegenden Studie eine neue Skala entwickelt, die die Zustimmung zu den demokratiefördernden Effekten insgesamt messen sollte. Die Herausforderung bestand dabei vor allem darin, die latenten und oft auch nicht ganz trennscharfen Effekte durch einzelne Items abzubilden und diese gleichzeitig an die Bürgerhaushaltsprojekte und ihre Teilnehmer anzupassen. Um sicherzustellen, dass das Messinstrument die Effekte wirklich valide misst, wäre eine grundlegende Entwicklung der Skala über mehrere Entwicklungsschritte nötig, die im Rahmen dieser Studie nicht geleistet werden konnte.

Die Ergebnisse werfen insgesamt die Frage auf, ob E-Partizipation ein geeignetes Instrument zur *gesellschaftlichen Demokratisierung* darstellt oder nicht vielmehr einer ohnehin schon überdurchschnittlich demokratisierten und politisch aktiven Klientel eine weitere Möglichkeit zur Meinungsartikulation einräumt. Neben den empirischen Ergebnissen bleibt auf der theoretischen Ebene festzuhalten, dass es gelungen ist, aus der Denkströmung der partizipatorischen Demokratietheorie einen Katalog demokratiefördernder Effekte zu identifizieren, der es ermöglicht, den Erfolg von Bürgerbeteiligungsprojekten in einer demokratietheoretischen Dimension zu evaluieren. Somit trägt die Studie zu einer Schärfung der demokratischen Evaluationsdimension bei und stellt einen Fortschritt in der multidimensionalen Forschung zur Evaluation von E-Partizipationsangeboten dar. Auch wenn das theoretische wie methodische Konzept einer weiteren Überprüfung und Weiterentwicklung bedarf, so

scheint der unterbreitete Vorschlag die Konzeptionalisierung eines allgemeingültigen Evaluationsrasters zumindest für die Evaluation der demokratischen Ebene von Bürgerbeteiligungsprojekten weiter voranzubringen.

Literaturverzeichnis

- AICHHOLZER, G., ALLHUTTER, D., FRESCHI, A. C., LIPPA, B., MOSS, G. & WESTHOLM, H. (2008). eParticipation Evaluation and Impact. In B. Lippa (Hrsg.), *DEMO-net Deliverable 13.3*. Bremen.
- ALMOND, G. A. & VERBA, S. (1963). *The civic culture : political attitudes and democracy in five nations*. New Jersey: Princeton University Press.
- ARNSTEIN, S. R (1969) A Ladder of Citizen Participation. *JAIP*, 3(4), 216-224.
- BACKHAUS, K. (2011). *Multivariate Analysemethoden : eine anwendungsorientierte Einführung*. Berlin [u.a.]: Springer.
- BARBER, B. (1994). *Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen*. Hamburg: Rotbuch-Verlag.
- BARNES, S. H. & KAASE, M. (1979). *Political action : mass participation in five Western democracies*. Beverly Hills [u.a.]: Sage Publications.
- BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (2012). 5. *Statusbericht Buergerhaushalt.org* (S. 1–7). Verfügbar unter: www.buergerhaushalt.org/wp-content/uploads/2012/03/Statusbericht0312-Finale-1.pdf [4.06.2014].
- CHADWICK, A. (2009). Web 2.0: New Challenges for the Study of E-Democracy in an Era of Informational Exuberance. *I/S: A Journal of Law and Policy for the Information Society*, 5(1), 9-41.
- DAVIS, A. (2010). New media and fat democracy: the paradox of online participation. *New media & Society*, 12(5), 745-761.
- DORER, J. (1999). Das Internet und die Genealogie des Kommunikationsdispositivs: Ein medientheoretischer Ansatz nach Foucault. In A. Hepp & R. Winter (Hrsg.). *Kultur – Medien – Macht. Cultural Studies und Medienanalysen* (S. 295-306). Opladen: VS-Verlag.
- FROMM, S. (2012). *Datenanalyse mit SPSS für Fortgeschrittene 2: Multivariate Verfahren für Querschnittsdaten*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- GABRIEL, O. W. (1997). *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Beiträge zu den Berichten der Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern e. V.* Opladen : Leske + Budrich.
- GRUNWALD, A., BANSE, G., COENEN, C. & HENNEN, L. (2005). *Internet und Demokratie. Analyse netzbasierter Kommunikation unter kulturellen Aspekten*. Berlin: Büro für Technikfolgenabschätzung beim deutschen Bundestag.
- HABERMAS, J. (1992). *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- HILMER, J. D. (2010). The State of Participatory Democratic Theory. *New Political Science*, 32(1), 43-63.
- HOLLIHN, F. (1978). *Partizipation und Demokratie. Bürgerbeteiligung am kommunalen Planungsprozeß*. Baden-Baden: Nomos.
- KUBICEK, H., LIPPA, B. & KOOP, A. (2011). *Erfolgreich beteiligt? Nutzen und Erfolgsfaktoren internetgestützter Bürgerbeteiligung ; eine empirische Analyse von 12 Fallbeispielen*. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.
- MACINTOSH, A. & WHYTE, A. (2008). Towards an evaluation framework for eParticipation. *Transforming Government: People, Process and Policy*, 2(1), 16-30.
- MANSBRIDGE, J. (1999). On the Idea that Participation Makes Better Citizens. In S. L. Elkin & K. E. Sołtan (Hrsg.), *Citizen Competence and Democratic Institutions* (S. 291-328). PA: The Pennsylvania State University Press.
- MERKEL, W. & PETRING, A. (2011). *Partizipation und Inklusion*. Verfügbar unter: http://www.wzb.eu/sites/default/files/zkd/dsl/partizipation_und_inklusion.pdf [04.06.2012].
- MILBRATH, L. W. & GOEL, M. L. (1977). *Political participation : how and why do people get involved in politics*. Chicago : Rand McNally.
- PATEMAN, C. (1970). *Participation and democratic theory*. Cambridge: Cambridge University Press.
- PRATCHETT, L., DUROSE, C., LOWNDES, V., SMITH, G., STOKER, G. & WALES, C. (2009). *Empowering communities to influence local decision making. A systematic review of the evidence*. London: Communities and Local Government.
- ROWE, G. & FREWER, L. J. (2004). *Evaluating Public-Participation Exercises: A Research Agenda*. *Science, Technology & Human Values*, 29(4), 512-556.
- SCHMIDT, M.G. (2010). *Demokratietheorie: eine Einleitung*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- SCHNELL, R., HILL, P. & ESSER, E. (2011). *Methoden der empirischen Sozialforschung*. München [u.a.]: Oldenbourg.
- TEORELL, J. (2006). Political participation and three theories of democracy: A research inventory and agenda. *European Journal of Political Research*, 45(5), 787-810.
- VERBA, S., SCHLOZMAN, H. E. & BRADY, K. L. (1995). *Voice and Equality, Civic Volunteerism in American Politics*. Cambridge [u.a.]: Harvard University Press.
- VON ALEMANN, U. (1978). Einleitung: Partizipation, Demokratie, Mitbestimmung – Zur Problematik eines Gegenstandes. In U. von Alemann (Hrsg.). *Partizipation – Demokratie – Mitbestimmung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- WALK, H. (2008). *Partizipative governance : Beteiligungsformen und Beteiligungsrechte im Mehrebenensystem der Klimapolitik*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- WARREN, M. (1992). Democratic Theory and Self-Transformation. *The American Political Science Review*, 86(1), 8-23.
- WASCHKUHN, A. (1998). *Demokratietheorien. Politiktheoretische und ideengeschichtliche Grundzüge*. München: Oldenbourg Verlag.
- WESTHOLM, H. (2009). Evaluating eParticipation Projects : Practical Examples and Outline of an Evaluation Framework. *European Journal of ePractice*, 07(March), 1-18.

- WIESENDAHL, E. (1981). *Moderne Demokratietheorie. Eine Einführung in ihre Grundlagen, Spielarten und Kontroversen*. Frankfurt: Verlag Moritz Diesterweg.
- WINKEL, O. (2001). *Die Kontroverse um die demokratischen Potenziale der interaktiven Informationstechnologien - Positionen und Perspektiven*. *Publizistik*, 2(2001), 140-161.
- ZITTEL, T. (2005). *Participatory Engineering: Can Democratic Reform Increase Political Participation*. Konferenzbeitrag auf der Jahrestagung der American Political Science Association, Washington D.C.